

„Anrede mit dem Dienstgrad erzieht zu kritiklosen Jawohl-Sagern“

Die Anrede mit dem Dienstgrad hält der Leiter der Landeskriminalschule in Düsseldorf, Werner Hamacher (43), für völlig deplaciert. Er hat sie deshalb an seiner Schule konsequent unterbunden. Ist Schulleiter Werner Hamacher ein eigenwilliger Außenseiter oder bewegen ihn stichhaltige Gründe, von einer bei nahezu allen Behörden des Landes gepflegten Übung abzuweichen? In einem Gespräch mit der „Deutschen Polizei“ erklärt er nachdrücklich: „Für mich ist das überhaupt keine Frage. Die Verfechter der Anrede mit dem Dienstgrad werden allerdings stets Gründe finden!“

An der Landeskriminalschule werden in jedem Jahr etwa 400 Sachbearbeiter geschult, die anschließend eigenverantwortliche Entscheidungen treffen sollen. „Jeder soll sich bei der Erfüllung seiner beruflichen Pflichten weder von Rang noch Titel beeinflussen lassen, sondern in seinen Entscheidungen ausschließlich dem Recht verpflichtet sein.“ Deshalb hält es Schulleiter Hamacher geradezu für einen Anachronismus, wenn sich der gleiche Sachbearbeiter im innerbetrieblichen dienstlichen Umgang in der fragwürdigen Anonymität von Dienstgraden bewegen muß. Die Auswirkungen sind nach seiner Ansicht aber noch erschwerender: „Die Anrede mit dem Dienstgrad erzieht zu kritiklosen Ja-Sagern, nicht aber zu selbstbewußten und eigenverantwortlichen Beamten.“

Werner Hamacher steht mit seiner Vorstellung keineswegs allein, daß die Polizei auf der Höhe der Zeit bleiben muß. Notwendige Kritik in der Polizei sollte nach seiner Meinung untereinander ausdiskutiert werden. Auch hier bei spielerisch ebenfalls die Form der Anrede eine ganz erhebliche Rolle, wolle man nicht nützliche Kritik von vornherein unterbinden.

Seit der Gründung der Landeskriminalschule 1966 sprechen sich Lehrkräfte und Lehrgangsteilnehmer mit ihrem Familiennamen an. Schulleiter Werner Hamacher war es, der im gleichen

Jahr diese Regelung empfahl und damit bald Zustimmung fand. Das vollzieht sich aber, wie die Erfahrung gelehrt hat, bei jedem Lehrgangsbeginn zunächst nur zögernd. Denn die Absolventen der Schule müssen eigenartigerweise immer wieder zu einer Umgangsform regelrecht ermuntert werden, die sie im Privatleben als selbstverständlich praktizieren. „In manchen Fällen muß man es sich mehrmals verbitten, mit dem Dienstgrad angedredet zu werden,“ läßt Schulleiter Hamacher durchblicken. Er drängt außerdem darauf, daß nach dem Vorbild der Personalräte bei den Behörden jede Klasse ihren Vertrauensmann und die Vertrauensmänner ihren Lehrgangssprecher wählen. Meistens dauert es aber mindestens eineinhalb Monate, ehe sich die Lehrgangsteilnehmer („Manchmal nur auf wiederholtes Drängen“) dieser Übung unterziehen. Die Ursachen für die zunächst unverständliche Zurückhaltung sind gewiß vielschichtig und haben ihren Ursprung dort, wo eine unter falschen Vorzeichen geführte Diensthierarchie solche Hemmnisse aufkommen läßt. Sie sind aber auch darin begründet, daß sich niemand nach einer überkommenen Übung an Schulen, gleich welcher Richtung, „mit den Lehrkräften anlegen möchte“.

Erfreulicherweise kommt Schulleiter Hamacher heute zu der Feststellung, daß es an der Landeskriminalschule nie ernste Schwierigkeiten in der Frage der Anrede gegeben hat. Alle 14 hier tätigen Lehrer haben längst die Erfahrung gemacht, daß sich bei einer Anrede ohne Dienstgrad sehr viel leichter ein besserer und für beide Teile nützlicher Kontakt herstellen läßt, der sowohl dem Lehrgangsteilnehmer als auch dem angestrebten Ausbildungsziel der Schule zugute kommt.

„Seit langem schon knobele ich an einem besseren Wort für den Begriff »Lehrer« herum. Was wir in der Landeskriminalschule betreiben, ist eine Auseinandersetzung und Diskussion, die sich unter Gleichgestellten vollzieht und weniger ein Schulbetrieb im üblichen Sinne.“

Fraglich bleibt nach Ansicht von Schulleiter Hamacher vor allem aber das Prüfungsfach „Staatsbürgerkunde“: „Es kann nur nachprüfbares Wissen examiniert werden, sonst erziehen wir zu ungewolltem Konformismus.“ Und seine Sorge um dieses Prüfungsfach scheint durchaus berechtigt, weil ohne Zweifel das Gespräch zwischen Lehrern und

Lehrgangsteilnehmern mehr Erfolg verspricht, als der jetzt noch übliche Zwang zur guten Note. Ebenso erscheint es ihm widersinnig, Freizeit zu kontrollieren. Das um so mehr, da es sich um erwachsene Polizeibeamte handelt, denen es selbst überlassen bleiben sollte, ob sie ihre Freizeit zur Vertiefung des an der Landeskriminalschule vermittelten Wissens ergänzend nutzen wollen. Ohne Beschränkungen sei viel eher ein natürliches Ausleseprinzip, viel eher eine Bereitschaft zur Mitarbeit garantiert, als durch eine schulische Kontrolle.

Ob sich die Lehrgangsteilnehmer nach dem Besuch der Landeskriminalschule auch im Dienstbetrieb weiterhin an den Verzicht auf die Anrede mit dem Dienstgrad halten, ob sie sich damit durchsetzen, vermag Schulleiter Hamacher nicht zu verfolgen. Ihn freute es aber besonders, als er kürzlich an der Tür eines leitenden Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen ein unübersehbares Schild mit der ungewöhnlichen Aufforderung las: „Herein, Sie stören nie! Anrede ohne Dienstgrad dringend erwünscht!“ Werner Hamacher wertet das keineswegs als unmittelbaren Erfolg der an seiner Schule geübten Praxis. Er sieht sich jedoch in einer Grundauffassung bestätigt, die schon lange von vielen Polizeibeamten geteilt wird. Angesichts der gesellschaftspolitischen Realitäten in unserem Jahrhundert kommt Werner Hamacher zu der treffenden Erkenntnis: „Wer auf der Anrede mit dem Dienstgrad unbedingt besteht, der hat es wahrscheinlich nötig.“

Gerhard Elsner

gungsrechte und eine Beeinträchtigung der Personalratstätigkeit durch die Hintertür werden wir uns zu wehren wissen. Wir werden nicht hinnehmen, daß der fortschrittliche Geist, der bei der Formulierung des Landespersonalvertretungsgesetzes Pate gestanden hat, ins Gegenteil verkehrt wird.

Das Landespersonalvertretungsgesetz wurde zu einer Zeit verabschiedet, als auch die jetzige Koalition die Regierung bildete. Daraus darf gefolgert werden, daß die Landesregierung die Art und Weise, in der in letzter Zeit versucht wird, den Personalräten Schwierigkeiten zu machen, mißbilligt. Sie sollte das aber auch durch klare Entscheidungen zum Ausdruck bringen und nicht länger dulden, daß die Verfechter konservativer-hierarchischer Verhältnisse in den öffentlichen Verwaltungen mit bürokratischem Mief die Atmosphäre vergiften — vielleicht sogar vergiften wollen. Die letzte Verantwortung tragen auch hier die Minister.

